

B. Berichte, Verträge, diplomatische Noten.

1. Die Anerkennung des litauischen Staates.

Dr. jur. G. Rutenberg, Rechtsanwalt in Kaunas.

Die völkerrechtliche Anerkennung des litauischen Staates hat zwei Stadien durchmachen müssen: die »de facto« und die »de jure«-Anerkennung, was aus rein politischen Gründen geschah. Doch hat Litauen in dieser Hinsicht viel mehr Schwierigkeiten gehabt, als die übrigen kleinen baltischen Staaten (Lettland und Estland). Diese Schwierigkeiten sind vor allem auf die bis heute noch nicht gelöste Wilnafrage zurückzuführen, die bei der »de jure«-Anerkennung Litauens durch die »Entente«-Mächte eine besonders hervorragende Rolle gespielt hatte.

I. Die de-facto-Anerkennung Litauens.

Die »de-facto«-Anerkennung des neuentstandenen litauischen Staates, die einen ausdrücklich provisorischen Charakter trug, erfolgte in den ersten Jahren seiner Entstehung (Ende 1918—1920).

Schweden war der erste Staat, der Litauen durch eine Note des schwedischen Gesandten in Berlin am 12. XII. 1918 anerkannte. Im Jahre 1919, wurde Litauen »de-facto« zunächst von Norwegen am 22. VII. 1919, später von England am 24. IX. 1919, von Lettland am 8. XI. 1919 und von Finnland am 19. XI. 1919 anerkannt.

Nur Frankreich und Polen verzögerten aus politischen Gründen die Anerkennung Litauens. Diese erfolgte seitens Frankreichs am 11. V. 1920, seitens Polens am 4. VII. 1920.

Von den »de-facto«-Anerkennungsurkunden sind von besonderem Interesse die Anerkennungsnoten Englands, Frankreichs und Polens, die hier beigefügt werden.

In der Anerkennungsnote Englands wird von der Anerkennung der provisorischen Regierung Litauens als »corps indépendant de facto« gesprochen. Es ist aber doch klar, daß diese Anerkennung der provisorischen Regierung des neuentstandenen litauischen Staates ipso jure sowohl auf die Regierung als auch auf den Neustaat sich bezieht.

Dann wird in der erwähnten Anerkennungsnote Englands darauf hingewiesen, daß die Anerkennung Litauens auf derselben Grundlage wie die der Völker Estlands und Lettlands erfolge (aux mêmes bases que ceux des nations d'Esthonie et de Latvija). Demgemäß wurde der An-

erkenntnis Litauens eine provisorische Bedeutung beigelegt, wie das bei Lettland und Estland der Fall war; die endgültige, d. h. die »de jure«-Anerkennung sollte erst später, nämlich nach der Aufklärung der politischen Lage der neuen Staaten geschehen.

Die »de-facto«-Anerkennung Litauens durch Frankreich, die von Millerand als Außenminister Frankreichs unterzeichnet wurde, ist juristisch genauer abgefaßt. In der betreffenden Note wird ausdrücklich von der provisorischen Anerkennung der faktischen Unabhängigkeit Litauens als eines Staates gesprochen. Die endgültige »de jure«-Anerkennung wurde der gemeinsamen Entscheidung der »Entente«-Mächte überlassen.

Diese »de-facto«-Anerkennung hatte gewisse diplomatisch-rechtliche Folgen. Diese beziehen sich vor allem auf die diplomatische Stellung des Vertreters Litauens bei der französischen Regierung. Derselbe wurde in der Note »Monsieur le Délégué« genannt, ein Rang, der seit dem Aachener Protokoll vom 21. November 1818 keinesfalls einem ständigen diplomatischen Vertreter beigelegt wird. Durch diese in der französischen Anerkennungsnote zum Ausdruck gebrachte Bezeichnung wird der durchaus provisorische Charakter dieses Vertreters hervorgehoben. Er ist bloß *delegiert* zur vorläufigen Fühlungnahme mit der Regierung des anerkennenden Staates, und zwar für einen sehr beschränkten Kreis rechtlich-diplomatischer Beziehungen; er ist daher keinesfalls als vollberechtigtes Mitglied des diplomatischen Korps mit allen damit verbundenen Eigenschaften zu betrachten.

Die »de-facto«-Anerkennung Litauens durch Polen bezieht sich zwar ausdrücklich auf den litauischen Verfassungs-Seimas und die von ihm konstituierte Regierung, ist aber doch als die »de facto«-Anerkennung des litauischen Staates zu betrachten, denn wie schon oben gesagt, wird bei einem neuentstandenen Staat oft die Regierung des letzteren mit dem Staat als solchem identifiziert.

Der Hinweis des polnischen Außenministers in seiner Note auf die Regulierung der Minoritätenfrage in Litauen ist keinesfalls als eine »Bedingung«, deren Erfüllung die Anerkennung vorangehen soll, zu betrachten, sie ist vielmehr eine einfache diplomatische Wahrnehmung der Interessen der polnischen Grundbesitzer in Litauen durch die polnische Regierung.

[II. Die »de-jure«-Anerkennung Litauens.

Der erste Staat, der Litauen »de-jure« anerkannte, war Deutschland. Diese Anerkennung erfolgte am 23. März 1918 in der Form einer feierlichen Erklärung des ehemaligen deutschen Kaisers Wilhelm. Dieser Anerkennungserlaß des deutschen Kaisers beruhte, wie bekannt, auf dem Beschluß des litauischen Landesrats vom 11. Dezember 1917.

Seinerzeit wurde die Frage bestritten, ob diese Anerkennung als vollzogen zu betrachten sei oder ob sie nur mit der Abschließung der

in der Urkunde erwähnten Konventionen zwischen Deutschland und Litauen in Kraft tritt ¹⁾).

Durch diese Anerkennung wurde Litauen als Völkerrechtssubjekt von Deutschland anerkannt, obwohl merkwürdigerweise Litauen damals noch kein Staat im völkerrechtlichen Sinne war, da zur Zeit der Anerkennung Litauens durch Deutschland das Territorium des ersteren von den deutschen Truppen okkupiert und der Verwaltung der Okkupationsbehörden unterstellt war. Natürlich wurde bei dieser Anerkennung von rein politischen Gründen ausgegangen.

Die Bedeutung dieser Anerkennung lag darin, daß man als provisorischen Vertreter des noch zu bildenden litauischen Staates den litauischen Landesrat (wir können hier den privatrechtlichen Satz gebrauchen: *nasciturus pro jam nato habetur*) zu gewissen völkerrechtlich relevanten Handlungen gegenüber Deutschland zuließ. Nach der endgültigen Bildung des litauischen Staates (Januar 1919) ist die eigentliche »Reconnaissance« des fertigen litauischen Staates von Deutschland in der Form der Anknüpfung von diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen sozusagen *stillschweigend* vollzogen worden. Natürlich sind alle »Bundes- und Konventionsgedanken«, von denen die Anerkennung vom 23. März 1918 spricht, für beide Parteien *unverbindlich*; sie haben keine rechtliche Bedeutung ²⁾).

Die zweite »de-jure«-Anerkennung Litauens erfolgte durch Sowjet-Rußland auf Grund Art. 1 Abs. I des Vertrages zu Moskau vom 12. Juli 1920. Später wurde Litauen von den folgenden kleinen Staaten »de jure« anerkannt: Lettland am 12. II. 1921, Estland am 10. III. 1921, Mexiko am 5. V. 1921, der Schweiz am 19. VII. 1921, Schweden am 28. IX. 1921, Dänemark am 30. IX. 1921, Norwegen am 4. IX. 1921, Holland am 6. X. 1921, Finnland am 14. X. 1921, Brasilien am 9. XII. 1921, der Tschechoslowakei am 5. I. 1922, Venezuela am 9. V. 1922, Griechenland am 23. V. 1922, Chile am 23. V. 1922, Bolivien am 14. VI. 1922, Spanien am 27. VII. 1922, Island am 1. XI. 1922, Belgien am 27. XII. 1922, Panama am 28. XII. 1922, Costa Rica am 5. I. 1923, Siam am 30. I. 1923, Peru am 5. I. 1923, Paraguay am 9. II. 1923, Liberia am 13. II. 1923, China am 12. II. 1923, Guatemala am 26. II. 1923, Portugal am 3. V. 1923. Am 28. VII. 1922 wurde Litauen von den Vereinigten Staaten Amerikas anerkannt. Auch der Vatikan erteilte, nachdem die politischen Umstände zugunsten Litauens sich geändert hatten, die juristische Anerkennung am 10. XI. 1922, nach einmaliger Verweigerung derselben im Schreiben des Apostolischen Nuntius Eugen

¹⁾ Siehe Klimas, Der Werdegang des litauischen Staates, S. 161; das Schreiben des Präsidenten des litauischen Staatsrats Smetona vom 14. VIII. 1918 an den deutschen Reichskanzler Graf v. Hertling.

²⁾ Sehr richtig sagt Buza (»Die Entstehung der tschechoslowakischen Republik im Lichte des Völkerrechts«, Zeitschr. für Völkerrecht, XIII B. Heft 1. Breslau 1920) S. 114, daß eine solche Anerkennung eines faktisch noch nicht existierenden Staates von ganz besonderer rechtlicher Natur und Bedeutung ist. Sie gehört mehr zum Prozesse der Entstehung des Neustaates, d. h. sie soll dem Neustaat seine Konstituierung ermöglichen.

Pacelli vom 30. April 1918 an den Präsidenten des litauischen Landesrates.

Einen ganz entgegengesetzten Standpunkt nahmen die Vereinigten Staaten Nordamerikas bei der Erteilung der Anerkennung ein. Zunächst haben sie sich grundsätzlich geweigert, die Unabhängigkeit irgendeines der baltischen Randstaaten auch nur »de facto« anzuerkennen. Die Vereinigten Staaten vertraten die Meinung, daß »ihnen Freundschaft und Ehre gebieten, die Interessen Rußlands in weitgehendem Maße zu verteidigen und soweit als möglich alle für Rußland lebenswichtigen Entscheidungen, insbesondere die, welche seine Herrschaft über die früher zum Russischen Reiche gehörigen Gebiete berühren, aus dem Spiel zu lassen«³⁾.

Diese Ansicht vertraten die Vereinigten Staaten im Jahre 1920, als die politische Lage in Osteuropa noch unklar war. Als aber die kleinen baltischen Staaten politisch und ökonomisch sich befestigt hatten, erfolgte die gleichzeitige »de-jure«-Anerkennung Litauens, Lettlands und Estlands durch die Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Von besonders großem Interesse sind die Anerkennungsnoten der »Entente«, die große Schwierigkeiten bei der »de jure«-Anerkennung Litauens machten. Ein Notenwechsel und eine politisch-diplomatische Auseinandersetzung gingen dieser Anerkennung voraus. Nachdem die Botschafterkonferenz die litauische Regierung von den Bedingungen (conditions), unter welchen die »de-jure«-Anerkennung erteilt würde, am 13. Juni 1922 in Kenntnis gesetzt hatte, erfolgte die Antwortnote des litauischen Außenministers Jurgutis am 4. August 1922, in welcher er darauf hinwies, daß Litauen auf die Internationalisierung des Njemens gemäß Art. 342, 343 und 345 des Friedensvertrages von Versailles sich einlassen würde, aber den Präsidenten der Botschafterkonferenz darauf aufmerksam machte, daß die Dispositionen des Versailler Vertrages betr. freie Schifffahrt auf dem Njemen nur während des Friedens anwendbar seien; da aber Polen das litauische Territorium widerrechtlich besetzt habe und sich infolgedessen in einem Kriegszustand mit Litauen befände, könnten diese Dispositionen auf Polen keine Anwendung finden; ferner wies der litauische Außenminister darauf hin, daß mit der »de-jure«-Anerkennung Litauens auch die Übertragung der Souveränitätsrechte Litauens auf das Memelgebiet gemäß § 99 des Vertrages von Versailles und auf Grund der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte an Deutschland vom 16. Juni 1919 verbunden sei.

Darauf sandte am 13. Oktober 1922 Poincaré eine Note an den litauischen Vertreter in Paris, in welcher er die litauische Regierung darauf aufmerksam machte, daß die Bedingungen betr. die Internationalisierung des Njemens ohne jeden *Vorbehalt* (sans aucune réserve)

³⁾ So lautet die Note des Staatssekretärs des Äußeren der Vereinigten Staaten vom 20. August 1920 an den italienischen Gesandten in Washington, der um den amerikanischen Standpunkt in dieser Frage nachgesucht hatte (Document de l'Assemblée 20/48/100).

angenommen werden müßten, auch habe die Anerkennung »de jure« mit der Lösung der Memelfrage nichts zu tun.

Am 18. November 1922 sandte Galvanaukas eine umfangreiche Note an den Präsidenten der Botschafterkonferenz, in der er darauf hinwies, daß die litauische Regierung die Dispositionen des Vertrages von Versailles betr. die Schifffahrt auf dem Njemen *ohne Vorbehalt angenommen* habe, sie hätte nur auf die abnormen Beziehungen mit Polen aufmerksam gemacht, das in faktischem Kriegszustand mit Litauen sich befinde, was die Durchführung dieser Dispositionen gegenüber Polen schwierig mache; er wies ferner auf den Wunsch des litauischen Volkes hin, die Memelfrage so schnell wie möglich zu lösen, betonte aber schließlich, daß diese Hinweise »n'avaient pas le caractère de réserve«.

Dieser Note, in der die litauische Regierung den unbegründeten Forderungen der Entente nachgab, folgte die Kollektivnote der Botschafterkonferenz vom 20. Dezember 1922, in der Litauen auf Grund der Annahme der Bedingungen vom 13. Juli 1922 »sans aucune reserve«, »de jure« anerkannt wurde.

Nun hatte zwar Litauen der Internationalisierung des Njemens unter dem von der Botschafterkonferenz ausgeübten Druck 4) vorbehaltlos zugestimmt; dies bedeutet aber keinesfalls ein Zugeständnis in der Wilnafrage, infolge derer sich zwischen Litauen und Polen eine Art Kriegszustand entwickelte. Vielmehr ist in der Note Galvanaukas auf die rechtlichen und politischen Bedenken, diese beiden Fragen miteinander zu verknüpfen, hingewiesen worden. Daher beruft sich Polen heute ganz mit Unrecht auf die vorbehaltlose Zustimmung Litauens zu der Internationalisierung des Njemens als auf einen Rechtstitel, um das Nachgeben Litauens in der Wilnafrage zu verlangen.

Die wichtigsten Anerkennungsurkunden Litauens.

I. Die Anerkennungsurkunde der Unabhängigkeit Litauens durch Deutschland.

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. tun hiermit kund und zu wissen:

Nachdem der litauische Landesrat als die anerkannte Vertretung des litauischen Volkes am 11. Dezember 1917 die Wiedererrichtung Litauens als eines unabhängigen, mit dem Deutschen Reich durch ein ewiges festes Bundesverhältnis und durch Konventionen vornehmlich auf dem Gebiet des Militär-, des Verkehrs-, des Zoll- und des Münzwesens verbundenen Staates verkündet und zur Wiedererrichtung dieses Staates den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches erbeten hat,

4) Die Anerkennung Litauens wurde von der Annahme einer Bedingung abhängig gemacht; es ist interessant, an dieser Stelle hervorzuheben, daß weder Lettland noch Estland irgendwelche Bedingungen seitens der »Entente«-Mächte bei ihrer Anerkennung gestellt wurden; die erwähnten Staaten wurden schon am 26. I. 1921 von den »Entente«-Mächten bedingungslos anerkannt.

nachdem ferner nunmehr die bisherigen staatlichen Verbindungen Litauens gelöst sind, beauftragen Wir hiermit Unseren Reichskanzler, den Grafen von Hertling, dem litauischen Landesrat zu erklären, daß Wir auf der Grundlage der vorstehend genannten Erklärung des litauischen Landesrats vom 11. Dezember 1917 im Namen des Deutschen Reiches Litauen als einen freien und unabhängigen Staat anerkennen und bereit sind, dem litauischen Staate den erbetenen Schutz und Beistand bei seiner Wiederaufrichtung zu gewähren. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß die abzuschließenden Konventionen den Interessen des Deutschen Reiches ebenso Rechnung tragen werden, wie den litauischen, und daß Litauen an den Kriegslasten Deutschlands, die auch seiner Befreiung dienen, teilnehmen wird.

Gleichzeitig erteilen wir Unserem Reichskanzler die Vollmacht, im Benehmen mit den Vertretern der Bevölkerung Litauens die zur Wiederaufrichtung des selbständigen litauischen Staates erforderlichen Maßnahmen zu treffen und wegen der Herstellung eines festen Bundesverhältnisses zum Deutschen Reiche und des Abschlusses der hierzu vorgesehenen und erforderlichen Konventionen das Weitere zu veranlassen.

Urkundlich dessen haben Wir Gegenwärtiges Höchsteigenhändig unterschrieben und mit unserem Insiegel versehen lassen.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 23. März 1918.

Graf von Hertling.

Wilhelm I. R.

II. Die »de facto«-Anerkennung Litauens durch England.

Kaunas, le 15 septembre 1919.

Monsieur,

J'ai l'honneur de Vous informer que j'ai reçu un télégramme du Ministère des Affaires étrangères via Riga constatant que le Gouvernement de Sa Majesté de Grande-Bretagne a communiqué aux Représentants Lithuaniens qu'il est prêt à reconnaître le Gouvernement provisoire de Lithuanie comme corps indépendant *de facto* aux mêmes bases que ceux des nations d'Esthonie et de Latvija et j'ai reçu l'ordre de Vous le communiquer.

J'ai l'honneur d'être,

Monsieur,

Votre obéissant serviteur

signé: Ward.

Lieutenant-Colonel,

Commissaire — Assistent pour les Provinces
Baltiques.

A son Excellence

le Président de Lithuanie

Kaunas.

III. Die »de-facto« Anerkennung Litauens durch Frankreich.
Ministère des Affaires étrangères.

Direction Politique.

République Française
Paris, le 11 mai 1920.

Monsieur le Délégué,

Vous m'avez demandé plusieurs fois de définir la nature des rapports existant entre la Lithuanie et la République Française.

Le Gouvernement français s'est attaché, comme vous le savez, à entretenir avec le Gouvernement provisoire de Votre pays des rapports de sympathie et d'amitié et il lui a été agréable de recevoir, à titre officieux, ses représentants à Paris.

Je suis heureux de Vous confirmer que le Gouvernement de la République reconnaît provisoirement l'indépendance de fait de la Lithuanie, en attendant que les Puissances Alliées aient pu résoudre de concert la question de droit.

Je saisis cette occasion de Vous exprimer l'intérêt que je prends au développement des bonnes relations entre la Lithuanie et la France.

Agréez, Monsieur le Délégué, les assurances de ma haute considération.

Signé: Millerand.

A Monsieur E. V. de Milosz,
Délégué de la Lithuanie,
Paris.

IV. Die »de-facto«-Anerkennung Litauens durch Polen.
Telegramme

de S. E. M. Sapiéha, Ministre des Affaires étrangères de Pologne
à S. E. Ministre des Affaires étrangères de la République Lithuanienne à Kowno.

Warszawa, le 4 juillet 1920.

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que le Gouvernement polonais a pris la décision de reconnaître l'Assemblée Constituante de la Lithuanie et le Gouvernement mis en fonction par ladite Assemblée comme des organisations indépendantes de fait: Désirant donner en même temps un vif témoignage des sentiments qui animent toujours la nation polonaise à l'égard de la nation lithuanienne, sentiments que le passé commun des deux nations si étroitement liées ne feront, je l'espère, que grandir et s'affermir, le Gouvernement polonais se déclare prêt de sa part à entrer avec le Gouvernement lithuanien en relations d'amitié. Le Gouvernement polonais est convaincu que l'adoption des principes de justice et

d'équité à tous les rapports entre les deux pays et envers les minorités nationales de part et d'autre formera la base la plus sûre de cette amitié. Je saisis cette occasion pour Vous présenter, Monsieur le Ministre, l'assurance de ma haute considération. —

Ministre des Affaires étrangères

Signé: Sapieha, 4020.

V. Die »de-jure«-Anerkennung Litauens durch die Entente.

1. *Note Collective.*

adressée par la Conférence des Ambassadeurs, à M. de Milosz, Président de la Délégation de Lithuanie.

Conférence des Ambassadeurs:

Paris, le 13 juillet 1922.

Le Président.

Monsieur le Président,

Les soussignés, représentant les Gouvernements de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie et du Japon à la Conférence des Ambassadeurs et dûment mandatés à cet effet, ont l'honneur de faire savoir que les Gouvernements susdits ont décidé de reconnaître de jure le Gouvernement lithuanien, à la condition que celui-ci s'engage à agréer purement et simplement et à observer les dispositions du Traité de Versailles en tant qu'elles concernent le régime de navigation sur le Niémen et, par les présentes, déclarent reconnaître de jure ledit Gouvernement sous les conditions sus-énoncées.

La présente reconnaissance prendra date et effet du jour de l'accusé de réception contenant l'engagement ci-dessus visé, que les soussignés vous prient d'adresser au nom du Gouvernement lithuanien au Président de la Conférence des Ambassadeurs.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, les assurances de notre haute considération.

Signé: Poincaré, Hardinge of Penshurst,
C. Sforza, K. Ishii.

2. *Note.*

de son Excellence M. Jurgutis, Ministre des Affaires étrangères de Lithuanie, à son Excellence M. Poincaré, Président de la Conférence des Ambassadeurs.

No. 18. 325

Kaunas, le 4 août 1922.

Monsieur le Président,

Le Gouvernement lithuanien a pris connaissance, avec la plus vive satisfaction, de la note de la Conférence des Ambassadeurs lui annonçant la décision des Gouvernements de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie et du Japon, de reconnaître de jure le Gouvernement lithuanien.

En ce qui concerne les conditions auxquelles la Conférence a cru devoir subordonner cette reconnaissance, j'ai l'honneur de déclarer ce qui suit :

Le Gouvernement lithuanien qui a signé la Convention et le statut de Barcelone sur le régime de voies navigables d'intérêt international est pénétré de la nécessité de la liberté de la navigation et de l'égalité des pavillons sur ces voies d'eau. Aussi s'engage-t-il à agréer purement et simplement et à observer les dispositions du Traité de Versailles en tant qu'elles concernent le régime de navigation sur le Niémen.

Les susdites dispositions du Traité de Versailles n'étant applicables qu'en temps de paix, le Gouvernement lithuanien ne manquera pas de s'y conformer, dès que la Pologne qui, en dépit de ses engagements solennels envers la Lithuanie, détient actuellement des territoires lithuaniens, aura fait honneur à sa signature et aura ainsi permis à la Lithuanie de nouer avec elle des relations amicales et d'ouvrir le Niémen à la libre navigation.

Le Gouvernement lithuanien est, en même temps, convaincu que, après sa reconnaissance de jure, les Puissances alliées et associées ne verront plus aucun obstacle à la réunion du territoire de Memel à la Lithuanie. Le Gouvernement lithuanien rappelle avec reconnaissance la réponse des Puissances à la Délégation allemande à la Conférence de la Paix du 16 juin 1919, déclarant que »la région en question a toujours été lithuanienne« et que »Memel et la région avoisinante seraient remis aux Puissances alliées et associées parce que le statut du territoire lithuanien n'est pas encore déterminé«. Cette détermination devant être considérée comme effective par la reconnaissance de jure du Gouvernement lithuanien, ce dernier espère que les Puissances alliées et associées voudront bien prendre une décision relative au transfert à la Lithuanie de tous droits et titres sur les territoires de Memel qu'elles détiennent en vertu de l'article 99 du Traité de Versailles.

Veillez agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma plus haute considération.

Signé: V. Jurgutis,

Ministre des Affaires étrangères de la
République de Lithuanie.

3. Note

adressée par son Excellence M. Poincaré, Président de la Conférence des Ambassadeurs, à M. de Milosz, Président de la Délégation de Lithuanie à Paris.

Conférence des Ambassadeurs:

Paris, le 13 octobre 1922.

Le Président.

Monsieur le Président,

En accusant réception à la Conférence de la lettre du 13 juillet par laquelle les représentants de la France,

de la Grande-Bretagne, de l'Italie et du Japon ont fait savoir au Gouvernement lithuanien à quelles conditions leurs Gouvernements respectifs étaient prêts à le reconnaître de jure, M. Jurgutis a présenté certaines observations relatives à l'internationalisation du Niémen et au statut de Memel. Aussi, les Gouvernements énumérés ci-dessus ne sauraient voir dans la Note du 4 Août l'acceptation pure et simple des conditions du 13 juillet. Désireux cependant de donner à la Lithuanie un témoignage de leur bienveillance et tenant compte, d'autre part, de diverses déclarations faites, aussi bien à Kovno que dans différentes capitales, par les représentants autorisés du Gouvernement lithuanien, ces Gouvernements, avant de répondre à la Note du 4 août 1922, souhaiteraient savoir quelle portée le Gouvernement lithuanien attribue aux réserves qu'il a formulées; ils doivent, à ce propos, faire remarquer que la question de la reconnaissance de jure du Gouvernement lithuanien ne saurait être confondue avec celle du statut de Memel.

En vous faisant cette communication au nom des signataires de la note du 13 juillet, j'ai l'honneur de vous prier de bien vouloir insister auprès de votre Gouvernement pour qu'il vous mette en mesure de répondre dans le plus bref délai à la présente lettre.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma haute considération.

Signé: Poincaré.

4. Note

de Son Excellence M. Galvanauskas, Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères de Lithuanie, adressée à Son Excellence M. Poincaré, Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères, Président de la Conférence des Ambassadeurs.

No. 26. 505

Kaunas, le 18 novembre 1922.

Monsieur le Président,

Par votre lettre du 13 octobre 1922, Votre Excellence a bien voulu faire connaître au Gouvernement lithuanien qu'en présence des observations relatives à l'internationalisation du Niémen et au statut de Memel, contenues dans la Note du 4 août au Gouvernement lithuanien, les Gouvernements de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie et du Japon ne sauraient voir dans ce document l'acceptation pure et simple des conditions du 13 juillet et qu'avant de répondre à ladite Note, ces Gouvernements souhaiteraient savoir quelle portée le Gouvernement lithuanien attribue aux réserves qu'il a formulées.

En déférant au désir des Gouvernements énumérés ci-dessus, j'ai l'honneur d'exposer à Votre Excellence ce qui suit:

Le Gouvernement lithuanien ne peut que réitérer la déclaration contenue dans sa Note du 4 août 1922 par laquelle il s'est engagé à agréer purement et simplement et à observer les dispositions du Traité de Versailles en tant qu'elles concernent le régime de navigation sur le

Niemen. Cette déclaration ne comporte aucune réserve. En rattachant l'application de son engagement au temps de paix, le Gouvernement lithuanien n'a fait qu'y ajouter une précision entièrement conforme à l'esprit du Traité de Versailles.

Ce Traité part en effet, sans nul doute possible, du principe que les accords collectifs réglant la navigation sur les fleuves internationaux ont été abrogés du fait de la guerre et que, par conséquent, leur remise en vigueur doit être expressément stipulée. Ainsi, l'article 346 du Traité porte que «la Commission européenne du Danube exercera de nouveau les pouvoirs qu'elle avait avant la guerre». Et l'article 354 dispose que «dès la mise en vigueur du présent Traité, la Convention de Mannheim du 17 octobre 1868, y compris son protocole de clôture, continuera à régler la navigation du Rhin, dans les conditions fixées ci-après». D'autre part, le Traité de Versailles ne contient aucune disposition spéciale étendant, au delà de l'état de paix, les règles qu'il édicte sur le futur régime des fleuves internationaux. Le Gouvernement lithuanien croit donc pouvoir affirmer qu'en liant son engagement à l'état de paix, il n'a formulé aucune réserve à son acceptation des conditions du 13 juillet, mais a seulement exprimé son intention de rester dans le droit commun.

D'un autre côté, le Gouvernement lithuanien est persuadé que l'état actuel des relations entre la Lithuanie et la Pologne ne saurait être considéré par la Conférence des Ambassadeurs comme l'état de paix permettant l'application des conventions collectives sur le régime des fleuves internationaux.

Ces relations anormales sont la conséquence du manquement de la Pologne aux engagements envers la Société des Nations ainsi qu'envers la Lithuanie. La Société des Nations n'a pas manqué d'infliger à l'occupation par la Pologne du territoire de Vilna le blâme mérité. M. Léon Bourgeois, Président du Conseil de la Société des Nations, dans sa lettre du 14 octobre 1920 adressée au Gouvernement polonais, a déclaré notamment: «L'occupation de Vilna est donc une violation des engagements pris vis-à-vis du Conseil de la Société des Nations, et il est impossible à celui-ci de ne pas demander au Gouvernement polonais quelles mesures immédiates il compte prendre pour assurer le respect des engagements.» (Voir «Société des Nations, Journal officiel, Supplément special no 4, décembre 1920, pages 22—23».) D'autre part, l'accord lithuano-polonais de Souvalki (du 7 octobre 1920, voir «Société des Nations, Recueil des Traités et des Engagements internationaux enregistrés par le Secrétariat de la Société des Nations, volume VIII, 1922, numéros 1, 2, 3, 4, pages 174—185»), qui mettait fin au conflit entre la Lithuanie et la Pologne a été violé par cette dernière, le lendemain de sa signature. Cet accord n'a été jusqu'ici remplacé par aucun autre acte international et cela malgré tous les efforts déployés par la Lithuanie, aussi bien pendant la procédure de conciliation instituée par la Société des Nations que dans la suite, directement auprès de la Pologne, en vue d'arriver à une solution équitable du conflit existant

entre les deux pays. Par conséquent, le Gouvernement lithuanien ne peut que déclarer derechef que le régime de navigation sur le Niémen institué par le Traité de Versailles, régime qu'il accepte sans la moindre réserve, recevra son application dès que la Pologne qui, en dépit de ses engagements solennels envers la Lithuanie, détient actuellement des territoires lithuaniens, aura fait honneur à ses engagements envers la Lithuanie et aura ainsi permis au Gouvernement lithuanien de nouer avec elle des relations de paix et d'amitié.

A cette déclaration le Gouvernement lithuanien se plaît d'ajouter qu'il serait particulièrement reconnaissant aux Puissances alliées et associées, si, en vue de hâter l'avènement de l'ère de paix et d'amitié entre la Lithuanie et la Pologne, ces Puissances voulaient bien user du droit que leur confère l'article 87 du Traité de Versailles et fixer les frontières orientales de la Pologne en tenant compte des engagements solennels de cet État envers l'État lithuanien, ainsi que des intérêts vitaux et des droits de la Lithuanie.

En ce qui concerne la question du territoire de Memel, le Gouvernement lithuanien n'a pas le sentiment d'avoir confondu cette question avec celle de sa reconnaissance *de jure*, comme le semble supposer la note de la Conférence des Ambassadeurs. La Note des Puissances alliées et associées à la Délégation allemande en date du 16 juin 1919 indiquait clairement que la non-détermination du statut de la Lithuanie était la raison de la remise aux Puissances de la région de Memel, région reconnue par la même note comme ayant été toujours lithuanienne. Il a donc semblé au Gouvernement lithuanien que la question de la remise du territoire de Memel à la Lithuanie devrait se poser immédiatement après la reconnaissance *de jure* de la Lithuanie. C'est pour ce motif que le Gouvernement lithuanien a cru et croit encore pouvoir exprimer son ferme espoir en une prochaine décision des Puissances transférant à la Lithuanie tous les droits et titres sur les territoires de Memel qu'elles d'étiennent en vertu de l'article 99 du Traité de Versailles.

Le Gouvernement lithuanien se permet d'exprimer la conviction que par les explications qui précèdent, il a réussi à établir que les observations présentées dans la Note du Gouvernement lithuanien du 4 août 1922 n'avaient pas le caractère de réserves que leur attribue la Note de la Conférence du 13 octobre. Aussi, le Gouvernement lithuanien se flatte-t-il de l'espoir que ces explications donneront satisfaction aux Gouvernements de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie et du Japon et que la Conférence des Ambassadeurs voudra bien considérer comme réalisées les conditions posées par sa Note du 13 octobre 1922 à la reconnaissance *de jure* du Gouvernement lithuanien.

Veillez agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma très haute considération.

Signé: Galvanauskas,
Président du Conseil des Ministres de
Lithuanie, Ministre des Affaires étrangères.

5. Note

collective de la Conférence des Ambassadeurs adressée à Son Excellence M. Galvanauskas, Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères de Lithuanie.

Conférence des Ambassadeurs.!

Le Président.

Paris, le 20 décembre 1922.

Monsieur le Président,

Par lettre No 26. 505, en date du 18 novembre 1922, Votre Excellence a bien voulu faire connaître au Président de la Conférence des Ambassadeurs que le Gouvernement lithuanien s'engageait, sans aucune réserve, à accepter et à observer les dispositions du Traité de Versailles relatives au régime de la navigation sur le Niémen.

Les soussignés ont l'honneur de faire connaître à Votre Excellence que les Gouvernements britannique, français, italien et japonais, prenant acte de cet engagement du Gouvernement lithuanien, ont décidé de reconnaître *de jure* la République de Lithuanie à dater de la présente communication.

En prenant cette décision, les Gouvernements ci-dessus mentionnés, n'entendent cependant pas se prononcer sur diverses observations présentées par Votre Excellence dans sa Note du 18 novembre 1922 et, en particulier, sur les points suivants: l'état de guerre existe-t-il ou non entre la Lithuanie et la Pologne, un tel état de guerre justifierait-il l'ajournement des mesures à prendre en vue d'assurer effectivement l'internationalisation du Niémen, quelle est la valeur des griefs invoqués par le Gouvernement lithuanien contre le Gouvernement polonais à l'occasion du conflit qui divise actuellement ces deux Gouvernements.

Veillez agréer, Monsieur le Président, les assurances de notre très haute considération.

Signé: Eric Phipps, Poincaré,
Romano Avezana, S. Okuyama.

VI. Die »de-jure«-Anerkennung Litauens durch den Vatikan.

Segretario di Stato
die Sua Santità

Dal Vaticano, 10. nov. 1922.

Le soussigné Cardinal Secrétaire d'État de la Sainteté a le plaisir de Vous communiquer que le Saint Siège est heureux de reconnaître de jure le Gouvernement lithuanien. Il forme les vœux les plus ardents pour la prospérité de la noble Nation lithuanienne et souhaite vivement qu'une *aimable entente* puisse avoir lieu au plus tôt entre la Lithuanie et la Pologne, dans la certitude que cet heureux rapprochement contribuera à rendre toujours plus cordiales les relations entre le Saint Siège et les deux nobles nations.

Le Cardinal soussigné profite volontiers de l'occasion qui lui est offerte pour Vous réitérer l'hommage de sa haute considération.

Signé: E. Gasparri.

Kazys Bizauskas,
Représentant de la Lithuanie.

VII. Die »de-jure«-Anerkennung Litauens durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

American consular service.

Kovno.

July 28, 1922, 11 a. m.

Sir:

I have the honor to inform you that I am instructed by my Government to advise the Foreign Office of Lithuania that the United States extends to Lithuania full recognition.

This fact has been communicated to the press at Washington for publication in the morning papers of to-day, and the following statement has been made.:

"The Governments of Esthonia, Latvia and Lithuania have been recognized either 'de jure' or 'de facto' by the principal Governments of Europe and have entered into treaty relations with their neighbors.

"In extending to them recognition on its part the Government of the United States takes cognizance of the actual existence of these Governments during a considerable period of time and of the successful maintenance within their borders of political and economic stability.

"The United States has consistently maintained that the disturbed condition of Russian affairs may not be made the occasion for the alienation of Russian territory, and this principle is not deemed to be infringed by the recognition at this time of the Governments of Esthonia, Latvia and Lithuania, which have been set up and maintained by an indigenous population."

Pending legislation by Congress to establish regular diplomatic representations Mr. Young will continue as Commissioner of the United States and will have the rank of Minister.

I am, Sir, likewise instructed to request from the Lithuanian Government temporary recognition pending formal application for exequatur.

Please, Sir, accept the assurance of my esteem and high consideration.

I have the honor to be, Sir,

Your obedient servant,

Clement S. Edwards,

American Consul.

His Excellency
The Minister of Foreign Affairs,
Kovno.